

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Freitag, 9. Juli 1965

Blatt 1883

Beruhigter auf Urlaub fahren:

Ermäßigung der "Großen Haushaltsversicherung"

9. Juli (RK) Mit Beginn der Urlaubszeit wächst die Einbruchsfahr. Aktuell sind leider auch Schäden durch Hochwasser, Blitzschlag, Brand, Explosionen (Gas), Wasserleitungsgebrechen, durch Raub auch unterwegs, aber auch Schäden, die durch eigene Ungeschicklichkeit entstehen können. Die Wiener Städtische Versicherung hat deshalb schon vor drei Jahren die Große Haushaltsversicherung eingeführt, die alle diese Risiken und außerdem die Privathaftpflicht einschließt. Diese Anstalt ermäßigt nunmehr die bisher geltenden Prämien dank des günstigen Schadenverlaufs um 20 Prozent. Darüber hinaus nimmt die Anstalt Verbesserungen der Versicherungsbedingungen vor. Unter anderem werden die Grenzbeträge für Schäden durch Diebstahl innerhalb der Wohnung auf 15.000 Schilling erhöht. Die Versicherungssumme der miteingeschlossenen Haftpflicht wurde gleichfalls um 50 Prozent erhöht. Auch die im Haushalt verwendeten Elektrogeräte sind mitversichert und werden im Schadensfall zum Neuwert ersetzt.

Wie die "Rathaus-Korrespondenz" erfährt, ist das Interesse für diese Art der Haushaltsversicherung in der nun begonnenen Urlaubszeit besonders groß. Um zeitraubende Wege und fehlgeleitete Telefonanrufe zu ersparen, wird empfohlen, Telefon 63 97 50/Klappe 292 bis 296, zu wählen.

- - -

Wieder Förderungsbeiträge für kulturelle Institutionen
=====

9. Juli (RK) Der Kulturausschuß des Wiener Gemeinderates hat dieser Tage 122.100 Schilling zur Förderung kultureller Institutionen aus Mitteln der Vergnügungssteuereingänge freigegeben. Damit wird die Subventionierung kulturell wertvoller Veranstaltungen oder Institutionen aus der Vergnügungssteuer im Sinne eines Gemeinderatsbeschlusses vom Jahr 1955 fortgesetzt.

Diesmal erhalten Zuwendungen: die Wiener Kammeroper, die Konzertvereinigung blinder Künstler, der Verband der Kriegsblinden Österreichs, die Österreichische Frauenbewegung, die Österreichische Kulturgemeinschaft, zwei Jazzorganisationen, ein Bezirksorchesterverein, die Kongreßveranstaltungsgesellschaft und ein Wissenschaftler.

- - -

Neue Lehrmittel und Bücher für Wiener Pflichtschulen
=====

9. Juli (RK) Wiens städtische Schulen werden demnächst neue Lehrmittel, Werkzeuge und Bücher für die Lehrerbibliotheken im Wert von 311.000 Schilling erhalten. Der Kulturausschuß des Wiener Gemeinderates hat nun den Ankauf dieser Gegenstände bewilligt. Darunter befinden sich auch 106 Garnituren Rythmusinstrumente, fünf Demonstrationsgeräte über die Gefahren des elektrischen Stromes, 424 Wandbilder für den katholischen Religionsunterricht sowie Hämmer, Zangen, Bohrmaschinen usw.

- - -

Rundfahrten "Neues Wien"
=====

9. Juli (RK) Montag, den 12. Juli, Route 5 mit Planetarium, Hauptfeuerwache Leopoldstadt, Wohnhausanlage Vorgartenstraße mit Kindergarten und Markt, Marshall-Hof mit Kindergarten und Volkshaus, Montagebaufabrik und Neubaugebiet Kagran, Pensionistenheim "Sonnenhof", Donaupark mit Donauturm, Nordeinfahrt, Nordbrücke und Gürtelbrücke sowie sonstigen städtischen Anlagen und Einrichtungen. Abfahrt vom Rathaus, 1, Lichtenfelsgasse 2, um 13.30 Uhr.

- - -

Verfassungsgerichtshof wird über Habsburg-Staatsbürgerschaft entscheiden
=====

9. Juli (RK) Beim Verfassungsgerichtshof ein Erkenntnis zu beantragen, ob für die Feststellung der Staatsbürgerschaft des Otto Habsburg-Lothringen und seiner Familienangehörigen die Landesregierung von Wien oder die von Niederösterreich zuständig ist, hat heute die Wiener Landesregierung nach einem Antrag von Stadtrat Sigmund mit Mehrheit beschlossen. Vizebürgermeister Dr. Drimmel erklärte, daß die ÖVP-Fraktion den hier vertretenen Rechtsstandpunkt nicht teile und daher den Antrag nicht unterstützen könne. Vizebürgermeister Slavik verwies darauf, daß es um einen Rechtsstreit gehe, der nun durch das Urteil eines Höchstgerichtes geklärt werden soll. Die Klärung der Rechtslage durch ein Höchstgericht ist die Voraussetzung für weitere Entscheidungen in dieser Streitfrage.

Der Antrag war notwendig geworden, weil von den minderjährigen Töchtern des Otto Habsburg-Lothringen bei der Wiener Landesregierung um Ausstellung von Staatsbürgerschaftsnachweisen angesucht worden ist. Als Nachweis für die Staatsbürgerschaft wurde die Abschrift eines Bescheides der Niederösterreichischen Landesregierung vorgelegt. Nach diesem Bescheid wären Otto Habsburg-Lothringen sowie seine Gattin und seine drei Töchter österreichische Staatsbürger. Nach den Bestimmungen des Staatsbürgerschaftsgesetzes muß jedoch angezweifelt werden, ob die Niederösterreichische Landesregierung zuständig war, diesen Bescheid zu erlassen.

- - -

Gemeinderätliche Stadtplanungskommission:Ideenwettbewerb für die Umgebung der Karlskirche
=====Das Problem der "wilden Siedlungen" - Neues Zentrum beim Haupt-
zollamt geplant

9. Juli (RK) Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Marek und dann Stadtrat Heller trat heute früh im Wiener Rathaus die Gemeinderätliche Stadtplanungskommission zu einer Sitzung zusammen. Von den Mitgliedern des Stadtsenates nahmen Vizebürgermeister Dr. Drimmel, die Stadträte Pfoch und Sigmund, Gemeinderat Dr. Maria Schaumayer in Vertretung von Stadtrat Dr. Wollinger sowie Magistratsdirektor Dr. Ertl teil.

Im Zusammenhang mit der Gestaltung der Gründe des ehemaligen Fruhwirt-Hauses neben der Karlskirche empfahl die Planungskommission die Ausschreibung eines Ideenwettbewerbes für die Gestaltung dieses städtebaulich und architektonisch so bedeutenden Gebietes der Wiener Innenstadt. Die Mitglieder der Gemeinderätlichen Planungskommission waren sich darüber einig, daß an dieser wichtigen Stelle in direkter Nachbarschaft der Karlskirche keine Entscheidung getroffen werden kann, ohne daß durch einen entsprechend dotierten Wettbewerb der Versuch unternommen wird, die beste Lösung zu finden. Bei der Ausschreibung sei zwar eine wirtschaftlich vertretbare Nutzung der Fläche vorzuschreiben, auf die Atmosphäre der Umgebung und den Charakter des Platzes müsse jedoch Rücksicht genommen werden.

Verhandlungen öffentlicher Stellen mit dem Grundeigentümer, die auf Grund einer Empfehlung der Planungskommission mit dem Ziel geführt worden waren, die Liegenschaft zu erwerben und darauf ein Institutsgebäude der Technischen Hochschule zu errichten, sind an den exorbitant hohen Grundstückspreisen gescheitert.

Ein Schritt näher zur Lösung des Problems "wilde Siedlungen"

Anschließend wurde der Planungskommission ein ausführlicher Bericht über die seit Jahrzehnten diskutierten Probleme der "wildten Siedlungen" erstattet und Vorschläge über die Art einer systematischen Behandlung unterbreitet. Die sogenannten wildten Siedlungen stellen durch die Art ihrer Anlage, aber auch durch ihre Situierung - zum Teil liegen sie in wertvollsten Erholungsgebieten, zum Teil verhindern sie wichtige Verkehrsbauten oder andere städtebaulich notwendige Bauten - nicht nur für die gesamte Bevölkerung Wiens, sondern auch für die Siedler selbst bedeutende Hemmnisse dar und sind sogar mit Gefahren sanitärer Art verbunden. Nur zu oft finden sich solche wilde Siedlungen nämlich in hochwassergefährdeten, nicht kanalisierbaren Gebieten, weit entfernt von allen öffentlichen Einrichtungen.

Die Planungskommission nahm den Bericht zustimmend zur Kenntnis und empfahl, die systematische Überprüfung der wildten Siedlungen nach einheitlichen sachlichen Gesichtspunkten im Rahmen der Überarbeitung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes weiter fortzusetzen. Dadurch soll Klarheit geschaffen werden, ob im einzelnen Fall ein Fortbestand der Siedlungen vertretbar oder der Ersatz durch eine andere Nutzung notwendig ist. Stadtplanung und Baupolizei sollen dabei eng zusammenarbeiten. Man will vor allem trachten, unbillige Härten für die Siedler zu vermeiden, andererseits aber verhindern, daß durch nachträgliche Legalisierungen städtebauliche Entwicklungsmöglichkeiten eingeengt werden oder der Öffentlichkeit nicht vertretbare Lasten erwachsen.

Die Planungskommission betonte ferner, daß die äußerst schwierigen Maßnahmen, auch im Bereich wildter Siedlungen die räumliche und rechtliche Ordnung des Stadtgebietes herzustellen, nur dann zum Ziel führen können, wenn in erster Linie mit allem Nachdruck die Entstehung neuer nicht genehmigter Bauten verhindert wird. Darauf soll in Zukunft besonders geachtet werden. Um unbefugtes Bauen besser kontrollieren zu können, empfahl die Planungskommission, die Baugenehmigungen an den einzelnen Baustellen selbst kenntlich zu machen und diese Vorgangsweise rechtlich zu verankern. Ferner erachtete die Planungskommission eine verstärkte Überwachung der Bautätigkeit durch entsprechende organisatorische Maßnahmen für notwendig.

Geschäfts- und Verwaltungszentrum statt Großmarkthalle

Auf das Gelände des geplanten zentralen Großmarktes und Schlachthofes in St. Marx soll auch die heutige Großmarkthalle beim Hauptzollamt verlegt werden. Dadurch wurde die künftige Gestaltung dieses außerordentlich verkehrsgünstig gelegenen Gebietes aktuell. Da dieser Platz einer der wichtigsten Knotenpunkte des Massenverkehrs in Wien ist und günstige Verbindungen zum übergeordneten Straßennetz aufweist, bietet sich das Gelände für die Anlage eines Geschäfts- und Verwaltungszentrums an. Geplant ist der Bau eines Bürohochhauses mit zwölf Stockwerken, eines zweistöckigen Einkaufszentrums im Zusammenhang mit einem Detailmarkt, einer Parkgarage für rund 900 Fkw und eines sogenannten "Air-Terminals" als zentraler Autobusbahnhof für den Verkehr zum Flugplatz.

Die architektonische Gestaltung und die Einfügung des Projekts in das Stadtbild wurde von der Planungskommission für gut befunden, umso mehr, als die Bewältigung des zu erwartenden Verkehrsaufkommens bereits in den Plänen berücksichtigt ist. Vor der Verfassung des Detailprojektes sollen jedoch sowohl die Auswahl der Geschäfte als auch die wirtschaftlichen Auswirkungen auf die Geschäftswelt der Umgebung eingehend untersucht werden, obwohl durch die Konzentration eher eine Belebung der angrenzenden Geschäftsviertel zu erwarten sein dürfte. Die Planungskommission empfahl, dem Gemeinderat einen entsprechenden Antrag auf Abänderung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes vorzulegen.

- - -